

Montag 1. November 2021

## STACHELDRAHT UM EUROPA!?



© IMAGO / SNA

**Polnische Behörden haben am Mittwoch 20. Oktober offenbar 17 afghanische Schutzsuchende rechtswidrig nach Belarus zurückgedrängt. Die Gewalt und der erneute Push-Back nach Belarus sind ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht und das Menschenrecht auf Asyl.**

Diese Gruppe von Afghan\*innen, darunter mindestens eine minderjährige Person, wurde seit zwei Monaten unter miserablen Bedingungen an der polnisch-belarussischen Grenze festgehalten. Sie wurden gewaltsam aufgegriffen, nachdem sie den Zaun in Richtung Polen überquert hatten. Damit wird ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eklatant missachtet, das die polnischen Behörden anweist, die Gruppe zu unterstützen, und es ihnen verbietet, die Afghan\*innen nach Belarus zurückzuschieben, solange diese sich in Polen aufhalten.

**Ein aktueller Amnesty-Bericht zeigt außerdem, dass nicht nur Polen, sondern auch zahlreiche andere Staaten afghanische Schutzsuchende rechtswidrig zurückweisen, inhaftieren und abschieben.**

8. Oktober 2021 · ProAsyl

**Mit jedem Pushback stirbt ein Stück von Europas Glaubwürdigkeit**

Seit Wochen harren Menschen im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus aus, mindestens sechs von ihnen sind bereits gestorben. Die rechtswidrigen Zurückweisungen wurden unter anderem durch AI dokumentiert. Doch Menschenrechtler\*innen und Journalist\*innen können solche Pushbacks noch so gut dokumentieren – sie bleiben in der Regel straflos, ob in Polen, Griechenland oder Kroatien. Mehr als rügende Worte und die Beteuerung, man sei »zutiefst besorgt« sind aus Brüssel und den Hauptstädten nicht zu hören.

**Wie viele Menschen müssen noch sterben, bevor die EU entschieden einschreitet gegen die tagtägliche Verletzung der Menschenrechte an ihren Grenzen?**

[<https://www.proasyl.de/news/>]

16. Oktober 2021 · Seebrücke-News:

**EU-Kommission liefert Kriegsschiffe an kriminelle Milizen!**

*Die UN berichtet von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen in Libyen, der neueste Bericht zählt schlimmste Verbrechen auf, darunter Mord, Folter und Menschenhandel. Leider bestätigt der Bericht erneut das Bild, das viele geflüchtete Menschen seit Jahren schildern.*

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Berichtes wird bekannt, dass die EU-Kommission neue Kriegsschiffe an die sogenannte libysche Küstenwache liefert. Die EU und auch Deutschland finanzieren seit langem libysche Milizen, um Schutzsuchende Menschen auf dem Mittelmeer abzufangen und nach Libyen zu bringen, wo sie meist in „Detention Camps“ Menschenrechtsverbrechen ausgeliefert sind. **In den aktuellen Koalitionsverhandlungen muss auch darüber gesprochen werden, wie Deutschland dahin zurückkehren kann, Menschenrechte zu wahren und nicht zu brechen.** Die Finanzierung der sog. libyschen Küstenwache muss beendet werden. **Menschenrechte sind unverhandelbar!**

23. Oktober 2021 · Seebrücke-News:

**Sichere und legale Fluchtwege – Wir fordern!**

Zum Auftakt der Koalitionsverhandlungen fordern wir von SPD, Grünen und der FDP, in den nächsten 4 Jahren folgende Schritte zu unternehmen, um dem Ziel „sichere und legale Fluchtwege“ näher zu kommen:

1. **Sichere und legale Einreisewege nach Deutschland**
2. **Flächendeckendes, nicht-militärisches EU-Seenotrettungsprogramm mit Ausschiffung in einem sicheren Hafen**
3. **Ein Ende der Blockade und Kriminalisierung ziviler Seenotrettung**
4. **Ein Ende der Beteiligung an der EUNAVFOR MED Operation IRINI**

Jeden 1. Montag im Monat im Winter -> 18:00 Uhr